

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/107

Bonn, den 8. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Journalisten im auswärtigen Dienst</u>	70

Aufstieg nur für Beamte

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

2 - 3	<u>Nürnberg - FDP-Parteitag der Qual</u>	67
-------	--	----

Referat "Wie gewinne ich eine Wahl?" fiel aus

Von Dr. E. Eckert

4	<u>Europa-Rakete ohne England?</u>	48
---	------------------------------------	----

Zur Zukunft der EWG

Von Joachim Raffert, MdB

5 - 6	<u>Tirana und Athen</u>	67
-------	-------------------------	----

Ende des Kriegszustandes?

Von H.P. Rullmann, Belgrad

\* \* \*

SELBSTBESTIMMUNG UND DINGLIEDERUNG bringt heute:

"So viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen retten"

SPD-Parteitag zur deutschen Ostpolitik

Willy BRANDT: Die Lage der Nation

Willy BRANDT: Grenzfragen und Polen

Helmut SCHMIDT: Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen

Helmut SCHMIDT: Verhältnis zur Tschechoslowakei

Ernst PAUL: Die Prage nach den 200.000 zurückgehaltenen Deutschen

Willy BRANDT: Schlußwort

+ + +

## Journalisten im auswärtigen Dienst

---

### Aufstieg nur für Beamte

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Von 96 Pressereferenten-Planstellen des auswärtigen Dienstes seien gegenwärtig nur 47 mit Berufsjournalisten besetzt, teilte Staatssekretär Carstens kürzlich dem Bundestag in der Fragestunde mit. Das ist knapp die Hälfte, und von Jahr zu Jahr werden es weniger.

Erkundigt man sich im Auswärtigen Amt nach dieser in vieler Hinsicht bedauerlichen Entwicklung, so wird einem eilfertig versichert man bedaure den anhaltenden Weggang nichtverbeamteter erstklassiger Presseattachés, aber man könne leider mit den attraktiven Angeboten von Wirtschaft, Fernsehen, Presse und Rundfunk nicht konkurrieren. Überdies sei die Situation keineswegs beunruhigend - begabte Außenseiter könnten noch immer ihren Weg im auswärtigen Dienst machen. Am Ende tiefsinniger Betrachtungen muß Staatssekretär von Haase dann als immer wiederkehrend vorgezeigtes Paradepony erhalten.

Die Wahrheit indessen ist leider beunruhigend. Die ständig aus jungen Karrierebeamteten ergänzten Kader unserer Presseattachés sind durch die unterschwellige, vom Amt natürlich geleugnete, aber wo immer möglich sehr zielbewußte, auf Abschieben der "Profis" gerichtete Personalpolitik sehr viel schlechter geworden. Das ist sogar in den Berichten erkenntlich, welche die Bundesregierung über den Publizitätskoeffizienten unseres Staates draußen in der Welt unterrichtet. Jedoch sind offenbar auch wohlmeinende Freunde Westdeutschlands bei Erwähnung dieses Umstands auf taube Ohren gestoßen. Unbekümmert über den Effekt steuert das Auswärtige Amt auf das Leitbild diplomatischer Repräsentanz durch einen Karriere-Beamtenkörper zu.

Man glaubt ignorieren zu können, daß umfassende Erfahrungen, die man nur in einer vielfältigen journalistischen Laufbahn sammeln kann, weder in der Attachéausbildung noch in der späteren Verwendung als Presseattaché nach einigen Jahren Allrounddienst erworben werden.

In Paris, London, Washington, Rom und einer Reihe anderer Orte, wo seit Jahren erfahrene Journalisten mit viel Geschick und - trotz nicht vorhandener Attachéausbildung! - mit großem diplomatischem Fingerspitzengefühl gewirkt haben, wird sich der atmosphärische Wandel nach einmal vollzogenem Wechsel spürbar auswirken - und an einigen dieser Orte hat sich der Wechsel schon vollzogen. Hierbei muß man wissen, daß besonders kurz nach 1949 mancher Journalist im auswärtigen Dienst für das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland mehr tun konnte als dieser oder jener Karrierediplomat, dessen Beamtenlaufbahn schon begonnen hatte, als Sektfabrikantenschwiegersohn von Ribbentrop noch Reichsaußenminister war...

Da es für Journalisten, die keine Beamten werden wollen, keine Aufstiegsmöglichkeiten gibt - obwohl es in der Hand der Regierung läge, sie zu schaffen und zu erhalten - und keine passable Altersversorgung, bleiben für tüchtige Außenseiter nur zwei Möglichkeiten: Ausscheiden oder Beamter werden, sofern man für den letzteren Weg nicht schon zu alt ist. Als begabter und erfolgreicher Journalist vom auswärtigen Dienst honoriert zu werden, ohne Beamter zu werden, ist nicht vorgesehen. Jedenfalls bisher nicht. Wie man sich angesichts des gesetzlich geöffneten Wegs des Bewährungsaufstiegs im Auswärtigen Amt

verhalten wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig lassen sich in den einschlägigen Stellenplänen für diesen von den Administrationsperfektionisten zweifellos als Sakrileg empfundenen Weg keine Aufstiegsstellen entdecken.

Man muß also doch, um dem Auswärtigen Amt als Journalist erfolgreich zu dienen, Beamter werden. Dazu bedarf es der einschlägigen, für Presseattachés blödsinnigen Prüfungen und des Votums des einschlägigen Personalausschusses, in dem sich übrigens ausgerechnet der Vertreter der Gewerkschaft durch die Formulierung von ungewöhnlich kniffligen branchenfremden Fragen an die Prüflinge auszeichnet.

Daß einige Bereiche des auswärtigen Dienstes weit geöffnet bleiben müssen, um die besten Mitarbeiter zu bekommen, gilt fast überall, nur nicht in Bonn als Binsenweisheit. Und ebenso gilt, was das AA leugnet, daß sich auch die Elite des deutschen Journalismus dieser Mitarbeit unter vernünftigen Bedingungen nicht entziehen würde. Vorläufig aber sieht man mehr oder weniger gelangweilt zu, wie sich das Krebsgeschwür des Verwaltungspersonalismus einiger Arterien unseres diplomatischen Wirkens bemächtigt.

Hier eine Liste derer aufzuführen, die solchermaßen auf dem Felde der Ehre deutscher Bürovorstehermentalität geblieben sind, wäre reizvoll, aber man erweist jenen, die ohne Dank zu empfangen, Vater Staat den Rücken gekehrt haben, damit keinen Dienst.

+ + +

#### Würnberg - FDP-Parteitag der Qual

Referat "Wie gewinne ich eine Wahl?" fiel aus...

Von Dr. E. Eckert

Die FDP, die trotz der für ihren Status so riskanten nordrhein-westfälischen Wahl vom 10. Juli ihren Parteitag 1966 nach Nürnberg einberufen hatte, befindet sich in einer selbst für Freidemokraten erstaunlichen Lage. Die Selbstsicherheit, die der mit gutem Stimmenergebnis bis 1968 wiedergewählte Parteivorsitzende Dr. Erich Mende mit Nonchalance zur Schau trug, deckte sich in keiner Weise mit den Sorgen, die zahlreiche Delegierte von der Rednertribüne und in privaten Gesprächen bewegt zum Ausdruck brachten.

Die FDP trägt einen ganzen Sack von Kümernissen: das Stagnieren und vermutlich sogar Abnehmen der Mitgliederzahl, der Mangel an Geld, das Fernbleiben der Jugend, die Fehlentwicklung zu einer mittelständischen Gruppenpartei und die aus alledem resultierende innere Unruhe, die hier und da schon in Resignation umzuschwenken beginnt. Der Ruf nach mehr, viel mehr Aktivität klang von der Rednertribüne in der Meistersingerhalle eindringlich genug, ohne daß der Parteitag allerdings allzu deutlich aus seiner über weite Strecken geradezu lethargischen Versunkenheit aufgeschreckt wurde. Der Beifall, der auch besonders eindringlichen Appellen und Warnungen folgte, war dünn wie Wassereppe. Die Delegierten machten vor dem von ihnen so verstandenen Liberalismus robust Gebrauch; mancher engagierte Redner sprach vor halbierem Saal, und das schon am Nachmittag des ersten Kongreßtages. Die Nachsprecher des Vorstandes freilich fanden das Ohr ihrer Parteifreunde.

Daß der erste Stellvertreter Willy Weyer, der eine Wählerstimme mehr als sein Vorsitzender bekommen hatte, besser ankam als dieser, mag eine Temperamentsfrage sein. Dr. Mende blieb eben doch zu sehr im Rahmen bereits bekannter FDP-Forderungen.

Die Klage, daß die SPD der FDP "die Schau gestohlen" hätte, la-stete von Montagfrüh bis Dienstagabend über dem Kongressaal. Die trot-zige Behauptung, daß die FDP für die neue Dynamik in der gesamtdeut-schen Politik schon seit Jahren eingetreten sei und daß die SPD sich dieser FDP-Linie endlich angeschlossen hätte, konnte kaum einen De-legierten trösten. Dazu kam die sie betrübende Tatsache, daß die an-geblich so mutigen Freidemokraten in Sachen Deutschlandpolitik bei vielerlei Punkten hinter den sozialdemokratischen Vorstellungen. Plä-nen und Forderungen zurückgeblieben sind und - vermutlich vor allem aus koalitionspolitischen Gründen - plötzlich zu kleine Schritte machten. Von der neugierigen Erwartung, daß sich die Nürnberger FDP daran machen könnte, die Dortmunder SPD "gesamtdeutsch zu übernehmen", blieb also nichts übrig. Der Atom der für solche Krafttoure zu klei-nen Partei reichte dafür nicht aus.

Die FDP wird gut daran tun, wenn sie sich mit den stärkeren Ba-taillonen verbündet und alle ihre Möglichkeiten in der Bonner Koali-tion ausnutzt, um der Unionspartei das Verlassen der Wartestellung zu erleichtern, in der sie in selbstverschuldeter Bewegungslosigkeit hockt. Daß dieser Klärungs- und Läuterungsprozeß der CDU/CSU im not-wenigen Tempo erfolgen möge, das wurde von dem Berliner FDP-Vorsit-zenden Borm sehr dringend gewünscht. Ob die Freidemokraten allerdings zu den dann unausbleiblichen Konsequenzen bereit sein würden, wenn der Bonner Seniorpartner weiter so führungslos dahin stolpert wie bisher, das sollte man nach Nürnberg freilich füglich bezweifeln müssen.

Das sporadische Aufflackern von Tatkraft, meist in den Diskus-sionsreden jüngerer Delegierter, denen die Verzweiflung über den mü-den Haufen in der Meistersingerhalle über die Schultern schaute, kann allein wenig ändern. Auch der kleine Fehdehandschuh, den der robuste Düsseldorfer Innenminister Weyer dem auch sonst heftig ge-scholtenen Koalitionspartner hinwarf, wird im Bundeskanzleramt we-nig mehr als ein Achselzucken auslösen. Die Ankündigung, die FDP werde jetzt die Regierung in Bonn übernehmen, war ein netter Gag, mehr nicht.

Wenn die Mende'schen Freidemokraten auf der Bildfläche bleiben wollen, dann müssen sie mehr bieten und tun als in Nürnberg, auf diesem Parteitag der Qual, der sein Ende vor nahezu leerem Saale fand. Die nur sehr wenigen Delegierten und kaum ein Journalist er-lebten daher noch die symptomatische Tatsache, daß die Wortmeldung zum Thema "Wie gewinne ich eine Wahl?" wegfiel, weil der Spre-cher längst abgereist war...

## Europa-Rakete ohne England ?

### Zur Zukunft der ELDO

Von Joachim Raffert, MdB

Die Hochstimmung in der westlichen Welt - ausgelöst durch die "weiche" Landung von Surveyor I auf dem Mond und den stundenlangen Weltraumspaziergang von Gemini-9-Copilot Cernan - hat zumindest in Europa einen kräftigen Dämpfer erhalten: Großbritanniens Absage an die ELDO läßt die Zukunft der Europäischen Organisation für Entwicklung und Bau von Trägerfahrzeugen für die Raumfahrt in einem ungewissen Licht erscheinen.

Den Engländern ist die ELDO-Mitgliedschaft einfach zu teuer geworden. An der ELDO waren sie - finanziell - bisher mit 38,79 Prozent beteiligt. Frankreich trug 23,93, die Bundesrepublik 22,07 Prozent. Italien, Belgien, die Niederlande und Australien teilten sich den Rest. Das Projekt, das ursprünglich in einem Zeitraum von acht Jahren insgesamt 800 Millionen DM kosten sollte, wird tatsächlich mindestens 1,6 Milliarden DM beanspruchen. Für die Bundesrepublik folgte daraus, daß allein im Haushalt 1966 der ELDO-Beitrag auf 107 Millionen DM gestiegen ist. Von den 239,2 Millionen DM Bundesmitteln für Raumfahrtforschung ist das ein sehr hoher, wahrscheinlich zu hoher Anteil.

Schon von den Kosten her ist deshalb die Entscheidung über den Fortbestand der ELDO für die bisherigen Mitglieder schwerwiegender Natur. Aber es gibt noch andere Gesichtspunkte. Großbritanniens wissenschaftlicher Beitrag zur Europa-Rakete bestand vor allem im "know-how", den Erkenntnissen und Erfahrungen seines Projektes "Blue Streak". So war es nur logisch, daß seine Wissenschaftler die erste Stufe der ELDO-Rakete entwickelten; Frankreich baut die zweite, die Bundesrepublik die dritte. Bleibt die ELDO nach dem Ausscheiden Englands bestehen, dann werden Franzosen und Deutsche auch die Entwicklung der ersten Antriebsstufe dieser und der möglicherweise folgenden Europa-Rakete des - im übertragenen Sinne - noch "in den Sternen" stehenden ELDO-B-Programms betreiben müssen.

Die deutsche Raumfahrtforschung und -industrie erblickt darin eine neue Chance und freut sich, das unterfinanzierte und eng begrenzte nationale Raumforschungs- und Entwicklungsprogramm so ausgeweitet und ergänzt zu sehen. Diese freudige Erwartung können Regierung und Parlament jedoch nicht ohne weiteres teilen. Bedacht werden muß dabei auch, daß die in Zusammenarbeit mit den USA und vielleicht auch anderen Partnern vorgesehene Projekte der Sonnen- und Jupitersonde und eines umfangreichen bi- oder multilateralen Satellitenprogramms große Anforderungen stellen werden.

Eine trotzdem positive Entscheidung über die Zukunft der ELDO schließen diese Anmerkungen jedoch nicht aus. Die endgültige Antwort kann erst gegeben werden, wenn klar ist, wie hoch der deutsche Beitrag sein müßte. Immerhin ist das Raumfahrtbudget der Bundesrepublik seit 1962 von knapp 11 Millionen auf 240 Millionen DM gestiegen. Wir sind also schon so kräftig engagiert, daß ein Zurückpfeifen ausgeschlossen erscheint. Allerdings muß bezweifelt werden, ob die Zuständigkeiten für die Raumfahrt, die Organisation von Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet so strukturiert sind, daß sie erweiterten Aufgaben gewachsen wären. Unabhängig vom JA oder NEIN zur ELDO und von der Höhe der künftig zu bewilligenden öffentlichen Mittel für die Raumfahrtforschung ist es daher notwendig, möglichst bald konkrete Vorstellungen zur "Formierung" der deutschen Beteiligung an der Erforschung und Eroberung des Weltraums zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

## Tirana und Athen

### Ende des Kriegszustandes ?

H.P.R. - Albanien, die kleine stalinistische Enklave auf dem Balkan, sucht verzweifelt nach einem Ausweg aus der Isolierung. Der Besuch Mehmet Shehus in Peking hat, was eine eventuelle chinesische Hilfe für den neuen albanischen Fünfjahresplan anbelangt, keine praktischen Ergebnisse gezeitigt, obgleich man sich alle Mühe gegeben hatte. Mehmet Shehe, der albanische Ministerpräsident, wurde von seinen chinesischen Genossen herzlich, aber doch nur wie ein kleiner Meister Schüler behandelt, und mußte sich sogar die Korrektur einer vorbereiteten Rede gefallen lassen, mit der er vorsichtig einen etwas gemäßigteren Standpunkt gegenüber der Sowjetunion einnehmen wollte.

Um so aktiver ist Tirana in anderen Ländern geworden. Man bedauert offenbar heftig den neuen Konflikt mit Polen, der aufgrund von Anti-Gomulka-Propagandaschriften entstanden ist, die in Albanien gedruckt und in Polen von Stalinisten verteilt worden sind. Der polnische Verfasser dieser pro-chinesischen Pamphlete, Ex-Minister Koziarz Mijal, erhielt in Tirana kein Asyl, nachdem er vor den polnischen Polizeibehörden die Flucht ergriffen hatte; er mußte sich an den Ufern des Genfer Sees niederlassen, wo die Chinesen eine starke Propagandazentrale unterhalten. Inzwischen sind die zeitweise unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Warschau und Tirana wieder voll aufgenommen worden.

Albanien ging noch weiter und suchte vorsichtig sogar Kontakte mit dem Erzfeind Jugoslawien, das sich großmütig genug erwies, um den Albanern beim Wiederaufbau des brachliegenden Fremdentourismus indirekte Hilfe zu leisten. Man geht kaum fehl, in der Annahme, daß dieses überraschende jugoslawische Entgegenkommen, das sich auch beim Abschluß eines neuen albanisch-jugoslawischen Handelsabkommens erwies, auf sowjetische Initiative zurückgeht. Im Kreml ist man offenbar der Ansicht, daß Albanien gerne wieder in das COMECON und in den Warschauer Pakt zurückkehren würde, wenn es nur die alten Aversionen gegen Jugoslawien überwinden könnte.

Vollkommen neu ist der Versuch Albanien, auch mit dem benachbarten Griechenland wieder ins Gespräch zu kommen, was ungemein

schwierig ist, da sich die beiden Länder formell immer noch im Kriegszustand befinden und da es zwischen ihnen keinerlei diplomatische und andere Kontakte gibt. Eine hohe Hürde zwischen beiden Staaten ist das Problem der griechischen Minderheit in Süd-Albanien, die von der Regierung in Tirana keinerlei Minderheitenrechte zugestanden bekommen hat und als Teil des schiptarischen Volkes betrachtet wird.

Die griechischen Rechtsparteien fordern aber nicht nur ausdrückliche Garantien für diese Minderheit, sondern bezeichnen das von ihr besiedelte Land sogar als "Nord-Epirus", um damit anzudeuten, daß man gegenüber Albanien sogar territoriale Ansprüche hat. Dabei tut sich besonders die konservative "National-Radikale Union" (ERE) von Kanellopoulos hervor, die in ihrem Ex-Minister Averoff einen Mann aus dem Süd-Epirus hat und damit einen Politiker, der von Tirana aus etwa genauso aussieht wie Seeborn in der Sicht von Prag. Das wichtigste Argument dieser Partei gegen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Griechenland und Albanien ist die NATO, obgleich ein kurzer Blick auf die Landkarte lehrt, daß Albanien an der Pforte des adriatischen Meeres hohen strategischen Wert besitzt und deshalb gerade um der Sicherheit des Westens wegen so weit wie möglich von den beiden kommunistischen Kolossen ferngehalten werden sollte. Zu dieser Einsicht ist offenbar auch die Regierung Stephanopoulos gekommen, die sich in ihrem Blatt "Elefterija" jetzt für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Griechenland und Albanien ausgesprochen hat. In Paris sind bereits die Vertreter der Handelskammern beider Länder zusammengetreten und haben einen Warenaustausch in Höhe von zunächst einmal zwei Millionen Dollar abgeschlossen.

Da sich Stephanopoulos jedoch auf die konservative ERE stützen muß, dürfte mit einer schnellen Entwicklung der griechisch-albanischen Beziehungen nicht gerechnet werden, was die Gefahr mit sich bringt, daß Albanien vom Westen gezwungen wird, sich um jeden Preis wieder Moskau zu verschreiben, wenn die Chinesen nicht gefreudiger werden.